

Weißeritz-Zeitung

Tageszeitung und Anzeiger für Dippoldiswalde, Schmiedeberg u. U.

kleinste Zeitung des Bezirks

Bezugspreis: Für einen Monat 2.20 RM.
mit Zutrogen, einzelne Nummern 15 Reichspfennige
— :: Gemeinde-Verbands-Kontos
Nr. 3 :: Gemüter: Amt Dippoldiswalde
Nr. 403 :: Postcheckkonto Dresden 12 548

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen
des Amtshauptmannschafts, des Amtsgerichts
und des Stadtrats zu Dippoldiswalde

Anzeigenpreis: Die 48 Millimeter breite
Postseite 20 Reichspfennige. Eingeblendet und
abholen 80 Reichspfennige

Verantwortlicher Redakteur: Felix Gebue. — Druck und Verlag: Carl Gebue in Dippoldiswalde.

Nr. 176

Donnerstag, am 31. Juli 1930

96. Jahrgang

Versiegerung.

Sonntags, den 2. August d. J., vormittags 11 Uhr,
sollen in Überdorfer Flur
ca. 6½ Scheffel austehender Roggen (in Puppen)
öffentliche gegen Bezahlung versteigert werden.
Sammlort der Bieter: Restaurant Huthaus Dippoldis-
walde.
Der Gerichtsvollzieher des Amtsgerichts Dippoldiswalde.

Straßenperrung.

Wegen Brückenarbeiten wird die Schmiedeberg-Ober-
franendorfer Straße (Molchgrundstraße) für den Durchgangs-
verkehr vom 4. bis mit 11. August d. J.
gesperrt.

Der Fahrverkehr wird während dieser Zeit auf die Hochw-
und Eisenstraße über Balschmühle verweisen.
Schmiedeberg, Bez. Dresden, am 24. Juli 1930.
Der Gemeinderat.

Vertliches und Sächsisches.

Dippoldiswalde, 30. Juli. Ist bei uns in Dippoldiswalde die wirkliche Wohnungsnot, d. h. der eigentliche Wohnungs-
mangel, auch nicht so groß, wie in manch anderem Orte, so ist sie doch auch noch nicht behoben, besonders insoweit, als eine Unzahl Familien noch in recht mangelhaften
Wohnungen hausen müssen und schwer anderwärts unter-
zubringen sind aus diesem oder jenem Grunde, auch wegen der
großen Kinderzahl. Nachdem die Stadtverwaltung da schon
früher mit Erfolg um Abhilfe bemüht war, hat sie das wiederum
getan durch Schaffung von vier Wohnungen in zwei Häusern,
sogenannten Behelfsbauten. Baumeister Hinkelmann hat
sie gebaut. Sie sollen nun bezogen werden und wurden
gestern durch Mitglieder der städtischen Kollegien besichtigt.
Man hat sich Freitaler Bauten zum Vorbild genommen.
Prinzip war, möglichst geräumige und vor allem praktische
und gesunde Wohnungen zu schaffen bei nach den Zeit-
verhältnissen denkbare niedrigster Miete. Das wieder bedingte
Vermeidung jeder nur irgend vermeidbaren Ausgabe. Luxus-
wohnungen konnten's also und sollten's ja auch nicht werden.
Und wenn die beiden Häuser somit für unsere Stadt auch
zunächst gewissermaßen einen Versuch darstellen, so dürfte
derselbe doch schon jetzt im Ganzen als gelungen bezeichnet
werden können. Draußen auf der Siedlung, hinter dem
Vierfamilienhaus stehen sie, freundlich grüßend in freier Natur.
Sie machen schon von außen einen anheimelnden, warmen
Eindruck, der nicht abgeschwächt wird, wenn man sie betrifft.
Jedes Haus hat zwei vollständig getrennte, gleichgroße
Wohnungen (sogar für jede eine besondere Haustür) von alles
in allem reichlich 60 qm Bodenfläche. Das Erdgeschoss ent-
hält eine geräumige Wohnstube und einen zweiten gleichgroßen
Raum, der sowohl Wohnstube als auch nötigenfalls Schlaf-
stube sein kann, das Obergeschoss außer einem großen Vor-
raum, der ebenfalls als Schlafraum benutzt werden könnte, die
eigentliche Schlafstube. Ein wenig Boden, ein hübscher
Keller und Hof und Gartenland sind ebenfalls da. Die
Räume sind niedrig, sodass die Wohnstube sich nicht schwer
heizen lassen dürfte, und mit elektrischem Licht versehen. Die
beiden Häuser werden mit allem Drum und Dran auf
24 000 M. zu stehen kommen. Die, die sie nun beziehen,
werden sich zunächst „wie im Himmel“ fühlen und recht schnell
heimisch werden. Mögen sie es auf die Dauer bleiben und
den Wert einer guten Wohnung schätzen und das durch
pflegliche Instandhaltung beweisen zur Genugtuung und Freude
der Stadtverwaltung.

Dippoldiswalde. Tagesordnung für die 10. Stadtver-
ordnetensitzung Freitag, am 1. August 1930, abends
8 Uhr. Öffentliche Sitzung: Renninahme von einem Dank-
schreiben und einer Einladung. — Desgl. von Übergabe
eines Betrages zum Kriegerhrenfonds. — Desgl. Frei-
stelle an der Landesschule betr. — Niederschrift, Kraftwagen-
linie Dippoldiswalde-Ede Krone betr. — Aushebung des
Ortsgeleis über kostenlose Totenbestattung. — Nichtöffent-
liche Sitzung.

Autos dürfen ohne Licht parken. Der Reichs-
verkehrsminister hat nach Zustimmung des Reichsrats
die grundlegende Verordnung über den Kraftfahrzeugverkehr
neu herausgegeben und wesentliche Vorschriften abgeändert.
Durch die für das ganze Reich gültige Verordnung ist nun-
mehr endgültig geregelt, dass stillstehende Kraftfahrzeuge auf
Parkplätzen, auf Droschkenhaltestellen und überall dort, wo
zuverlässige fremde Lichtquellen eine ausreichende Beleuchtung
gewährleisten, während der Dunkelheit keine eigene Beleuchtung
zu haben brauchen, auch keine Beleuchtung des hinteren
Kennzeichens. Für die Beleuchtung der hinteren Kennzeichen
gilt in Zukunft, dass bei Dunkelheit oder starkem Nebel die

Rede des Reichskanzlers

auf der Parteivorstandssitzung des Zentrums

Berlin, 31. Juli.

Bor dem Parteivorstand der Zentrumspartei erklärte
Reichskanzler Dr. Brünning u. a. folgendes:

Es wäre für die Reichsregierung in anderen Städten
der parlamentarischen Kämpfe der vergangenen vier Mo-
nate leichter und günstiger gewesen, den Reichstag aufzu-
lösen, als in diesem Augenblick. Über die Verantwortung,
die die Reichsregierung für die Entwicklung des Ganzes,
namentlich der Wirtschaft hat, hat sie veranlaßt, mit dem
Vorschlag der Annwendung der äußersten Mittel, die die Ver-
fassung gibt, mit dem Artikel 48 und der Auflösung des
Reichstages solange zu warten, wie noch ein Funke Hoff-
nung vorhanden war, dass noch ein Funke Hoffnung
auf parlamentarischem Wege zu erledigen. In den vergangenen drei
Jahren haben die Zentrumspartei und ich persönlich war-
nende Worte gesprochen gegenüber der finanziellen Entwick-
lung und alzu optimistischer Beurteilung unserer Wirt-
schafts- und Finanzlage. Aber die meisten unter denjenigen,
die damals gewarnt haben, sind nicht gehört worden. Als
man anfangs zu zweifeln, gab man sich der neuen Illusion
hin darüber, dass die Revision des Dawesplanes eine ge-
waltige Erleichterung der Lage bringen könnte. Das hat
dazu geführt, dass man diese Revision vorzeitig herbeigeführt
hat in einem außen- und innenpolitisch ungünstigen Zeit-
punkt. Wir sind zu den Pariser Verhandlungen gegangen
mit einer Finanz- und Kassenlage, die von vornherein eine
starke Position nicht ermöglichte. Gelegentlich der Früh-
jahrsdebatte um den Etat 1929 habe ich Regierung und
Finanzminister gebeten, sofort eine Finanzreform in Angriff
zu nehmen. Aber damals stand in der Deffentlichkeit im
Vordergrund, um welchen Betrag man die Steuern senken
könnte. Die einzige Maßnahme, die eine Kassensanierung
zum Teil herbeiführten konnte, die Kreuger-Umliehe, wurde
verbunden mit der Annahme des Youngplans. Unterdessen
hatte das deutsche Publikum in steigendem Maße Kapitalien
aus Deutschland ausgeführt.

Das Bestreben der Zentrumspartei ging von vornher-
ein dahin, dem deutschen Volke klar zu machen, dass mit der
Übernahme des Youngplanes eine Lähmung in der gesamten
Finanz- und Wirtschaftspolitik des Reiches eintrete. Aber
wir befürchten, dass die Erkenntnis dieser großen Falle
nicht einmal im Reichstag durchgedrungen war. Daher die
Forderung, die Finanzreform gleichzeitig mit den Young-
gelehrten zu verabschieden, die Sanierung der Kassenlage si-
cherzustellen und alle Maßnahmen zu treffen, um durch Er-
sparnisse und wirtschaftliche Reformen in Zukunft eine Wie-
derholung der finanzpolitischen Katastrophen der Jahre 1926
bis 1930 unmöglich zu machen. Damals sind wir von den
Parteien, namentlich aber von der Sozialdemokratie, für
diesen Schritt verpottet worden. Aber wir haben auch vor-
ausgesehen, dass nach dem Tode Dr. Stresemanns die Bin-
dung der Deutschen Volkspartei an die Große Koalition
schwächer werden würde. Wir wollten der Möglichkeit eines
schnellen Herabgangs dieser Bindungen vorzukommen, indem
wir dem Kabinett Müller die Initiative aufzwingen. Es
wird nicht gelingen, an der Tafel zu rütteln, dass die
Große Koalition nicht am Zentrum gescheitert ist, sondern
an der Deutschen Volkspartei und der Sozialdemokratie. In
dem Aufruf der Sozialdemokratie heißt es, diese Regierung
sei eine Regierung der „Saiten“. Ich weiß nicht, ob es
„satt“ ist, wenn man dafür sorgt, dass notwendige Mittel
herbeigeführt werden, damit die Arbeitslosen- und Wohlfahrts-
unterstützung für die Armuten der Armen im Laufe dieses
Jahres sichergestellt werden. Aber der größte Grad der
Sachlichkeit liegt wohl darin, wenn politische Parteien sehen,
dass eine schwierige Entwicklung kommt und sich dann unter
irgendeinem Vorwand aus der Verantwortung drücken.

Der Reichskanzler kam dann auf den sozialdemokrat-
ischen Vorwurf zu sprechen, der Artikel 48 sei angemordet
worden, bevor alle Verhandlungsmöglichkeiten erschöpft
waren. In diesem Zusammenhang erklärte er, die Regierung
habe keine Verhandlungen führen können, über die vielleicht
die Regierungskoalition aufgelöst und ein Chaos in der
Politik eingetreten wäre. Die Sozialdemokratie habe bei

den Verhandlungen eine doppelzüngige Politik getrieben.
Die Oppositionspartei, die die Reichsregierung bedingungs-
los unterstützt hätte, hätte die politische Entwicklung von
demselben Tage an maßgebend beeinflusst.

Der Artikel 48 sei im Laufe der letzten Jahre mehr als
hundertmal angewandt worden, am meisten vom Reichs-
präsidenten Ebert. Niemand habe sich damals darüber auf-
geregt. Es sei eine merkwürdige Tatsache, dass die Sozial-
demokraten wie von einem Bann getroffen die Augen schlie-
ßen, wenn es um die Zukunft eines Volkes geht. Man könne
nicht immer mit Panzerkreuzer und Kinderpelzung Wahlen
machen. Das Kabinett Müller habe den Panzerkreuzer ge-
baut und für die Kinderpelzung nichts in den Etat ein-
gesetzt.

Deutschland müsse den Wahlkampf führen in einem
Augenblick der schwersten Weltwirtschaftskrisis. Es handele
sich um eine Revolution der gesamten Weltwirtschaft.
In Anbetracht dieser Tatsache, insbesondere der Zahl der
Arbeitslosen, wäre es gut gewesen, wenn die Sozialdemo-
kratie sich zur Mitarbeit bereiterklärt hätte. In einem
Augenblick, wo man im Reichsetat rund eine Milliarde Mark
zur Verfügung stellen müsse, um die bisherige Sozialgesetz-
gebung zu retten, sei es sotial, wenn man den Etat habe,
diese Dinge zu machen und unsozial, wenn man sich aus
agitativen Gründen an diesen Dingen vorbedrücke.

Die Regierung werde sich streng an die Verfassung
halten, aber im Rahmen der Verfassung alles tun, was ge-
schehen müsse. Jede Reichsregierung, die dem Reichsprä-
sidenten nicht die neuen Notverordnungen vorgeschlagen hätte,
würde sich eines schweren Verbrechens schuldig gemacht
haben. Es handele sich bei diesen Maßnahmen darum, eher
aus der Krise herauszufinden als alle anderen Länder.
Und das sei durchaus möglich; einmal hätten wir billiges
Geld, zweitens könnten wir von dem niedrigen Preisstand
der ausländischen Rohstoffe profitieren, und endlich sei es
gelungen, die Landwirtschaft aus der Katastrophe wieder
herauszuholen.

Der Reichskanzler kam dann auf die neuen Verordnun-
gen an sich, die Finanzmaßnahmen für die Gemeinden und
die Osthilfe zu sprechen. Zu letzterer erklärte er, wäre die
Deckungsvoorrauflage angenommen, der Haushalt verabschiedet
worden, dann wäre es eine Osthilfegesetz durchgeführt worden,
das eine Osthilfe von mindestens fünf Jahren geschaffen
hätte. Alle Maßnahmen seien in einer Verordnung zusam-
mengesetzt, die nur als Ganzes vom neuen Reichstag an-
genommen oder aufgehoben werden könnten. Änderungen
seien auch für den nächsten Reichstag nicht möglich.

Bezüglich der gestaffelten Bürgersteuer erklärte Dr.
Brünning, es sei bei den hohen Einkommen ein solcher Sach-
erreicht worden, der dem sozialdemokratischen Reichszuschlag
ungefähr gleichkomme. Was sollte man dazu sagen, wenn
dieselbe Partei noch vor Monaten die Senkung der Ein-
kommensteuer als das Vordringlichste in der ganzen Finanz-
reform bezeichnet habe. Der neue Reichstag werde vor
dringenden Reformen stehen, die sich im wesentlichen auf
rechtslose Durchführung der Finanzplanierung in Reich, Län-
dern und Gemeinden bezügen. Es gelte vor allem, Erspar-
nisse zu machen. Man müsse zu einer klaren Scheidung
zwischen den Aufgaben für Reich, Ländern und Gemeinden
kommen. Ein Programm für die Bauwirtschaft der nächsten
Jahre müsse schon jetzt aufgestellt werden, weil man die
Frist einer weiteren Lockerung bis zur Aufhebung der
Ammangswoirtschaft rechtzeitig ins Auge fassen müsse. Auch die
Eisenbahn müsse aus der schwierigen finanziellen Lage her-
ausgebracht werden. Man müsse wieder zur Klarheit und
Wahrhaftigkeit im politischen Leben kommen. Die Krise des
Parlaments habe die Zentrumspartei seit 1926 vorausge-
sehen. Wenn es das vornehmste Recht des Parlaments sei,
die Ausgaben zu bewilligen, dann müsse es auch die not-
wendigen Einnahmen rechtzeitig beschaffen.

Nicht die Parteien dürfen führen, sondern das Ka-
binett. Daran habe es in den letzten Jahren gefehlt. Das
Kabinett müsse die Verantwortung übernehmen und die Ent-
scheidung möglichst im Plenum des Reichstags suchen.

Rennzeichnen für ein normallichtiges Auge auf eine Entfernung
von 15 Meter noch deutlich sichtbar sein müssen.

Die Pressestelle der Landwirtschaftskammer weist darauf
hin, dass auf der Gruppe Landwirtschaft der Internationalen
Hygiene-Ausstellung Dresden 1930 auch eine eigene
Weinloft sächsischer Weine errichtet worden ist. Man kann
hier Proben sächsischer Weine entnehmen aus Meissen und
aus der Lößnitz und wird zu dem Reputat kommen müssen,
dass dem sächsischen Wein — vielsach auch in Sachsen selbst —
durchaus Unrecht geschieht, wenn man ihn etwa gegenüber
anderen Weinen als minderwertig bezeichnen wollte.

Gerade um diesem Vorurteil zu begegnen, ist diese Weinloft
hier geschaffen worden. Hier kann man zu billigen Preisen
— auch in Schoppen — sich von der guten Beschaffenheit
sächsischer Weine überzeugen.

Wetter für morgen:

Nachdruck verboten!
Allmähliche Stabilisierung der Wetterlage. Wolkiges bis ge-
wisse Heiteres, vorwiegend trockenes Wetter, langsame, aber fort-
schreitende Zunahme der Temperaturen, mögliche, auch schwache
Winde, meist noch aus westlichen Richtungen.